

Sitzung Nr. 2 vom 25. Februar 2014

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident

Anwesend Alex Kaufmann
Remo Bill
Urs Wirth
Angela Kummer
Anna Duca (Ersatz)
Aldo Bigolin
Hubert Bläsi
Renato Müller
Ivo von Büren
Richard Aschberger
Heinz Müller
Marco Crivelli (bis Traktandum 4)
Matthias Meier-Moreno (Ersatz)
Nicole Hirt

Entschuldigt Andreas Kummer
Clivia Wullimann

Anwesend von Amtes wegen Esther Müller, Leiterin Personalamt
Claude Barbey, Stadtbaumeister
Mark Widmer, Schulleitung Eichholz
Roger Kurt, Vorsitzender GLSG
Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv.
Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung
Kurt Boner, Leiter SDOL
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 19:10 Uhr

TRAKTANDEN (2767 - 2775)

- | | | |
|----|------|--|
| 1 | | Protokoll der Sitzung Nr. 1 vom 21. Januar 2014 |
| 2 | 2767 | VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN |
| 3 | 2768 | IR 218 / Neuer Kindergarten Westquartier: Wiedererwägung Standortentscheid / Antrag an den Gemeinderat |
| 4 | 2769 | Petition SP Grenchen "Der 14. Kindergarten soll im Lingeriz-Quartier realisiert werden" |
| 5 | 2770 | Erschliessungsplan Langhag / Änderung des bestehenden Erschliessungsplanes Ankerstrasse - Freytagstrasse / Genehmigung / Öffentliche Auflage |
| 6 | 2771 | Erweiterung der Begegnungszone Solothurnstrasse / Grundsatzentscheid |
| 7 | 2772 | Vorkindergarten: Berichterstattung über den Pilotbetrieb und Antrag auf Weiterführung des Angebots |
| 8 | 2773 | Kreditüberschreitung zu Lasten LR 2013, Konto 220.364.00 - Sonderschulung, Sonderschulungen in Heimen und Institutionen |
| 9 | 2774 | Interpellation Fraktion SVP: Überzeitregelung von Stadtpräsident und Abteilungsleitern |
| 10 | 2775 | Interpellation Richard Aschberger (SVP): Rettungsdienst |

- o -

Dem Gemeinderat werden folgende Unterlagen abgegeben:

- Einladung Soirée Magic mit Bert Rex vom 01.03.2014
- Einladung Verleihung Kultur-, Anerkennungs- und Nachwuchsförderungspreis vom 13.03.2014

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 1 vom 21. Januar 2014 wird genehmigt.

Gemeinderat Remo Bill dankt der Stadtkanzlei für den fristgerechten Versand des Protokolls der letzten Sitzung.

- o -

**Stadt
Grenchen**

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 25. Februar 2014

Beschluss Nr. 2767

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

IR 218 / Neuer Kindergarten Westquartier: Wiedererwägung Standortentscheid / Antrag an den Gemeinderat

Vorlage: BAPLUKB 10/27.01.2014
GRKB 3064/05.02.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Mark Widmer, Schulleiter Eichholz, Ressort Kindergarten, fasst die Ausgangslage zusammen und erklärt, dass der Bedarf für einen 14. Kindergarten im Westen der Stadt gegeben ist. Auf vier Jahre hinaus redet man von einem definitiven 14. Kindergarten, auf fünf Jahre hinaus muss man bereits einen 15. Kindergarten ins Auge fassen. Er bittet den Gemeinderat, der Vorlage zuzustimmen. Die nun vorgeschlagene Variante ist eine gute Lösung für die Kinder, Eltern und Lehrer.

1.2. Stadtbaumeister Claude Barbey geht nochmals ausführlich auf den Verlauf des Geschäfts „14. Kindergarten im Westquartier“ ein (siehe Beilage) und informiert den Gemeinderat über die bisherigen Kosten für das „Projekt Standort Lindenpark“:

Gebühren Baugesuch	Fr.	1'081.70
Kopien	Fr.	250.50
Elektroanschlüsse	Fr.	388.75
<u>Geometer</u>	Fr.	<u>70.00</u>
Total	Fr.	1'790.95

(Containermiete ca. Fr. 3'000.00 / noch nicht verrechnet)

Die Lindenpavillons müssen nicht weiter saniert werden. Nur im Sanitär- und Toilettenbereich ist ein Ersatz der Anlagen geplant. Wird die Variante Lingeriz gewählt, fallen im Lindenpavillon keine weiteren Unterhaltskosten an (nur allg. Unterhalt).

2. Eintreten

2.1. Im Gerangel, so Gemeinderat Hubert Bläsi, um einen nachhaltigen und möglichst gute Standortentscheid für einen 14. Kindergarten, ist man jetzt an einem Punkt angekommen, an dem die Mitglieder der FDP-Fraktion dem von der GRK vorgeschlagenen Beschluss mehrheitlich zustimmen können. Bekanntlich hat man einen langen und steinigen Entscheidungsprozess hinter sich. Es hat damit angefangen, dass man dem Gemeinderat innert kürzester Frist hätten für eine - aus der Sicht der FDP - höchst ungeeignete Variante entscheiden sollen.

Die FDP hat die damalige Version begründet abgelehnt und ist ihrer Linie bis heute treu geblieben. Das heisst, sie würde sich nach wie vor gegen ein Provisorium wehren - damals hat man eine Nutzungsphase von 3 Jahren prognostiziert - das notabene auf fremdem Land und inklusive der unabdingbaren Infrastruktur erstellt worden wäre. Wesentlich anders ist es für sie beim neusten Projekt, da in eine Einrichtung investiert wird, die auf stadteigenem Land errichtet wird und eine langfristige Nutzung des Gebäudes, wie auch dem Unterbau, möglich macht. Somit hat sich das vorliegende Vorhaben in die korrekte Richtung weiterentwickelt. Zudem redet man seitens der Schule nicht mehr von einem Provisorium. Bedingt durch die steigenden Kinderzahlen kommt man zum Schluss: Es braucht einen definitiven 14. Kindergarten. Diese Aussage ist mit Fakten hinterlegt und für die FDP eine weitere neue Erkenntnis, um der Vorlage zuzustimmen. Die Variante Lindenpavillon hat der Gemeinderat damals aus der Not geboren. Positiv zu bewerten ist dort die Tatsache, dass die Räumlichkeiten nach dem Abschluss der Kindergartennutzung der Stadt, respektive den Schulen, auch weiterhin zur Verfügung gestanden wären. Schönheitsfehler sind der lange Schulweg und die damit verbundenen erhöhten Sicherheitsrisiken. Wenn man dann noch den hoffentlich korrekt ausgewiesenen relativ geringen Unterschied beim Kostenaufwand in die Meinungsfindung einbezieht, steigt das Verständnis für die Wiedererwägung in Bezug auf den Standortentscheid. Wenn das jetzt, bezogen auf den Kern des Geschäfts berechtigt positiv tönt, so sind doch noch ein paar kritische Bemerkungen anzubringen:

Man hätte sich sicher viel Aufwand ersparen können, wenn man den aktuellen Vorschlag früher gebracht und nicht im Vorherein als unmöglich taxiert hätte. Auch darf das Verschätzen beim Umbaupreis des Lindenpavillons nicht in diesem Umfang passieren. Es steht zudem die Frage im Raum, wie viel Geld bereits für diese Örtlichkeit ausgegeben worden ist.

Schade findet die FDP, dass mit dem Thema Wahlkampf betrieben wurde. Es ist nie darum gegangen, einem Teil der Jüngsten eine gute Lösung zu verwehren. Es ist ebenfalls nicht richtig, einen Quartierkindergarten für das Westquartier zu fordern. Es hat nämlich bereits drei Einheiten in diesem Gebiet. Das gemeinsame Problem war in Tat und Wahrheit die Suche nach einer geeigneten Einrichtung, die quasi als Spitzenbrecherin dient und für eine bestimmte Zeitspanne die erhöhte Anzahl von Kindern auffängt, um sie korrekt beschulen zu können. Diese Notwendigkeit wurde von der FDP nie bestritten. Heute ist es jetzt wichtig, zwischen dem Weg und dem Resultat zu unterscheiden. In der FDP-Fraktion zeigt der Daumen für den Weg klar gegen unten. Für den Besc hlussentwurf bewegt er sich in den grünen Bereich.

- 2.2. Gemeinderätin Nicole Hirt kann nicht für die Fraktion sprechen, da man sich in diesem Geschäft nicht einig ist. Die glp möchte betonen, dass sie nicht gegen einen 14. Kindergarten ist. Die prognostizierten Schülerzahlen für die nächsten 5 Jahre zeigen, dass dieser nötig ist. Dieser Wiedererwägungsantrag kommt für sie unerwartet, wurde die Variante Lindenpavillon an der Gemeinderatssitzung vom 14. Mai 2013 doch mit 9 zu 6 Stimmen angenommen und der erforderliche Kredit in der Höhe von Fr. 255'000.00 für die baulichen Massnahmen bewilligt. Nun hat die zuständige Stelle nachträglich herausgefunden, dass die baulichen Massnahmen am Lindenpavillon vom ursprünglich budgetierten Betrag um Zwei Drittel höher ausfallen, nämlich auf Fr. 420'000.00 zu stehen kommen.

Die glp versteht das nicht. Jetzt ist der Standort Spielplatz Lingeriz wieder im Gespräch, genau dieser Standort, der aus der Sicht der Baudirektion im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 19. März 2013 mit folgender Begründung verworfen wurde: *„Dieser Standort hat den Nachteil, dass man dort Mehraufwände für Rodungen, Zufahrt, Geländeanpassungen und wesentlich höhere Erschliessungskosten hätte.“* Aus den erwähnten Gründen wurde damals dem Standort „Mietlösung auf dem Ebauches-Areal“ der Vorzug gegeben.

Für die glp sind beide Varianten nur suboptimal. Aus pädagogischer und sozialer Sicht gibt es zudem Folgendes zu bemerken:

Quartierkindergärten haben eine lange Tradition. Aber ist es noch zeitgemäss, wenn an den Quartierkindergärten festgehalten wird? Ist das Integration, wenn im nächsten Schuljahr 74 Kinder aus dem Westquartier auf 4 Kindergärten verteilt werden, in denen fast ausschliesslich Fremdsprachige platziert werden?

Die Stadt Grenchen investiert viel in die Integration. Das jüngste Beispiel wird dem Gemeinderat von Maya Karlen anhand des Pilotversuchs „Vorkindergarten“ unter Traktandum 7 vorstellen. Fremdsprachige sollen dort Deutsch lernen, um im Kindergarten weniger Schwierigkeiten zu haben. Die glp unterstützt dieses Vorhaben, denn der langfristige Nutzen ist offensichtlich, obwohl ein Pilotversuch von 4 Jahren nicht wirklich aussagekräftig ist.

Im Vorkindergarten und in der Schule braucht es eine gesunde Durchmischung, nur so ist die Chancengleichheit gewahrt und eine grosse Bildungsqualität garantiert. Der Gemeinderat soll sich einmal die Verteilung der Kindergärteler im Schuljahr 2013/14 ansehen: Ist das Chancengleichheit, wenn in einem Kindergarten 88 % Fremdsprachige und im anderen nur 14 % sind?

Noch ein Wort zum Schulweg: Gemäss einer kantonalen Empfehlung kann einem Kind bis zur 6. Klasse ein Schulweg von bis zu 2,5 km zugemutet werden. Zudem: Die GR-Mitglieder sollen sich bitte einmal am Morgen vor ein Schulhaus stellen und beobachten, viele Kinder von den Eltern in den Kindergarten oder die Schule transportiert werden. Der Schulweg sollte somit kein Thema sein. Lösungen können gefunden werden, sei es mit ÖV, mit den Eltern, allenfalls mit den Grauen Pantheren. Grenchen ist doch immer offen für neue Wege, warum nicht auch hier?

Die glp weist die Vorlage aus folgenden Gründen zurück:

- Dringlichkeit ist nicht mehr gegeben
- Fehlende Kostentransparenz beim Kostenvergleich (Lindenpark?)
- Investition soll ins Budget 2015 aufgenommen werden
- Die Chancengleichheit nicht ist gegeben, da sehr unterschiedliche Anteile der Fremdsprachigen in den Kindergärten (Notwendigkeit der Ausarbeitung eines neuen Konzeptes)

2.3. Laut Gemeinderat Remo Bill hat die Petition mit ca. 1'700 Unterschriften gezeigt, dass die Bevölkerung für diese Lösung ist. Der Standort beim Kinderspielplatz ist ideal. Er befindet sich im Zentrum des Quartiers und ist für die Kinder gut erschlossen und erreichbar. Die vorgeschlagene Modulbauweise ist ideal:

- Es ist eine schnelle Bauweise
- Eine wirtschaftliche Lösung

- Eine energetische Bauweise - mit Holz als nachwachsendem Rohstoff

Wenn der Pavillon nicht mehr benutzt wird:

- Ist eine leichte Demontage und Wiedermontage für einen anderen Standort möglich.
- Dank möglichen Schraubfundationen sind keine grossen Erdbewegungen notwendig.
- Er kann ohne Weiteres umgenutzt werden z.B. zu einer Tagesschule, Mittagstisch oder für andere Bedürfnisse.

Die SP Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

- 2.4. Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger ist die SVP einmal mehr mit der nun vorgelegten Arbeit der Baudirektion alles andere als zufrieden. Seit knapp einem Jahr beschäftigt sich der Gemeinderat mit dem Kindergarten im Westen der Stadt und nun als man meinte, man habe endlich eine schlaue und kostengünstige Variante gefunden, die erst noch nachhaltig und somit dauerhaft wäre, kommt heraus, dass sich die Baudirektion mal eben um die Kleinigkeit von 65 % verrechnet hat und bei Fr. 420'000.00 gelandet ist. Leider war das kein verfrühter Aprilscherz. Jetzt in der aktuellsten Vorlage soll man Fr. 500'000.00 bewilligen, wieder für eine Modulbauweise, wie vor einem Jahr schon angeboten, nur an einem anderen Standort.

Was der SVP sauer aufstösst und weswegen sie eine Rückweisung der Vorlage beantragt/unterstützt, ist Folgendes: Es kommt ihr vor wie eine Salamtaktik. Zuerst hiess es, man könne den Lindenpavillon kostengünstig sanieren und dann nutzen. Das führte ja auf dem Papier zu einer Kostenexplosion, wie man jetzt weiss. Der zuerst angedachte Kindergarten in Modulbauweise auf dem gemieteten Land wäre ein paar Jahre nutzbar gewesen und dann hätte man weitergeschaut. Das nun abgeklärte Projekt geht von einer Lebensdauer von 35 bis 40 Jahren aus, beim ersten abgeklärten Modulbau sprach man von ca. 10 Jahren. Für die SVP ist diese nach und nach Information einfach nicht schlüssig, für sie stimmt doch da etwas nicht. Es kommt ihr vor, wie wenn der Lindenpavillon jetzt zufällig fast so teuer wird wie ein Modulbau am sogenannten „richtigen“ Standort, direkt im Quartier. Wie wenn man darauf hofft, dass auch die SVP dann zustimmt mit dem Gedanken, ach es sind ja nur noch Fr. 80'000.00 Unterschied, dann nimmt sie doch das vor Ort. So funktioniert das aber nicht. Die SVP schaut bei jedem Steuerfranken genau hin, wo er hinfliesst. Und wer garantiert ihr, dass der Lindenpavillon die nächsten Jahre gar nicht renoviert und saniert werden muss? Sonst hat man dann für Fr. 500'000.00 ein neues Gebäude im Lingeriz (also wenn die halbe Million reicht und es dann am Schluss nicht plötzlich Fr. 600'000.00 oder Fr. 700'000.00 sind wegen eines Rechnungsfehlers). Und dann muss man auch noch den Lindenpavillon sanieren und hat – Tadaa! - eine Million ausgegeben, schick und schnittig verpackt in ein kleines Geschäft.

Die SVP-Fraktion erachtet das als inakzeptabel und befürwortet eine Rückweisung des Geschäftes, bis Klarheit besteht, was mit dem Lindenpavillon in Zukunft überhaupt geschehen soll, also betreffend Sanierung etc.

- 2.5. Gemeinderat Marco Crivelli bestätigt, dass sich die CVP und die glp an ihrer Faktionsitzung nicht haben einigen können. Man könnte sagen: „Gut Ding will Weile haben“, weil die erste BAPLUK-Sitzung am 28. Januar 2013 stattfand. Ein Jahr tingelt das Geschäft jetzt schon herum! Ein Teil der CVP-Fraktion schliesst sich der Meinung der SVP an und findet die Art und Weise, wie das Geschäft daherkommt, ebenfalls nicht gut. Man kommt sich als Gemeinderat schon ein wenig seltsam vor.

Es gab x Lesungen und aufgrund von Kostenschätzungen wurde eine Variante beschlossen. Jetzt kostet es plötzlich über 60 % mehr und dem Gemeinderat wird eine neue Variante an gemeindeeigenem Standort vorgelegt (was sicher zu begrüssen und besser ist als ein gemieteter Standort). Die CVP hat sich ebenfalls gefragt, ob wirklich keine Sanierungskosten beim Lindenpavillon eingerechnet wurden - Claude Barbey hat die Frage bereits beantwortet. Wie kann es sein, dass vom Mai 2013 bis heute die Kinderzahlen so schlagartig steigen können, dass man jetzt nicht mehr von einem Provisorium, sondern von einem definitiven Kindergarten spricht? Wie werden eigentlich die Kinderzahlen erhoben? Die CVP hofft, dass ein nächstes Mal ein solches Geschäft nicht mehr so aufgegleist wird, dass sich der Gemeinderat drei- bis viermal damit beschäftigen muss. Deshalb hat die CVP Stimmfreigabe beschlossen.

- 2.6. Sollte der Gemeinderat dem Wiedererwägungsantrag nicht zustimmen, so Claude Barbey, müsste die Gemeinderatskommission zuerst noch den Nachtragskredit für den Lindenpavillon bewilligen, bevor etwas realisiert werden kann. Die Rückweisung der Gemeinderatskommission war der Auslöser für das Wiedererwägungsgesuch der Schulen und der BAPLUK.

Zur Kritik von Richard Aschberger bemerkt Claude Barbey, dass die Baudirektion vor einem Jahr durch eine äusserst verfahrenere Situation eine Woche Zeit hatte, eine Lösung zu bringen, damit es endlich vorwärts geht. Ursprünglich war die Idee, im 1. Stock des Schulhauses I einen Kindergarten zu realisieren. Ein Augenschein hat dann ergeben, dass dies keine gute Lösung wäre. In der Not kam man auf die Variante Lindenpavillon und musste innert einer Woche abschätzen, welchen Umfang dies ungefähr ergeben wird. Claude Barbey räumt ein, dass man sich überschätzt hat. Aber er wehrt sich gegen den Vorwurf, es sei bewusstes Kalkül dahinter. Solche Spielchen macht die Baudirektion nicht. Im Gegenteil, sie ist im November bei der Gemeinderatskommission vorstellig geworden und hat sie über die Notwendigkeit eines Nachtragskredites orientiert. Es wurden nicht einmal die Schulen gefragt. Die Baudirektion wollte fristgerecht bauen und das dafür nötige Geld bei der Behörde abholen. Wenn die Schulen nicht wegen des Nachtragskredit-Gesuch zHd. der GRK interveniert und eine Neuüberprüfung der Situation gefordert hätten, hätte die Gemeinderatskommission den Nachtragskredit wohl bewilligt und die Baudirektion das Bauvorhaben gestartet. Betreffend die bis anhin aufgelaufenen Kosten für den Lindenpavillon ist zu erwähnen, dass die Baudirektion aus Kostengründen alle bisherigen Arbeiten „inhouse“ ausgeführt hat. In der 1. Lesung im Gemeinderat am 19. März 2013 war der heute vorgeschlagene Standort 3c ebenfalls im Gespräch. Er wurde aufgrund der Rückweisung mit dem Auftrag, neue Standorte oder Mietlösungen zu suchen, nicht weiterverfolgt. Damals wurde nicht gesagt, dass die Lebensdauer des Pavillons drei Jahre ist, sondern dass die Verwendung dieses Objektes drei Jahre betragen wird. Der Gemeinderat wurde auch in Kenntnis gesetzt, dass so ein Pavillon nach drei Jahren ersetzt oder anders verwendet werden kann und es keine verlorene Investition ist. Ohne sich rechtfertigen zu wollen, bittet Claude Barbey den Gemeinderat, sachlich zu bleiben, was den Ablauf des ganzen Geschäftes anbelangt.

- 2.7. Mark Widmer bezieht sich auf das Votum von Nicole Hirt, welche die Thematik der Quartierkindergärten zur Diskussion stellt. In der Stadt Grenchen fährt man seit Jahrzehnten, wenn nicht sogar seit Jahrhunderten diese Strategie. Es ist legitim, das Ganze einmal zu hinterfragen (was ist Praxis, was sind die Vorschriften, wie könnte man besser durchmischen?). Letztlich ist die Frage, wie kostenrelevant so ein neues Modell wäre.

Wenn man sich von der Quartierkindergärten-Philosophie löst, müssen 280 Kinder (aktuelle Anzahl) nach irgendeiner Logik oder irgendeinem gerechten Faktor über das Stadtgebiet verteilt werden. Dabei käme man wohl nicht umhin, vermehrt Schulbusse einzusetzen oder den ÖV massiv auszubauen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Eltern ihre Kinder in die Schulen fahren (Schülertransporte durch Eltern sind auch heute eher die Ausnahme). Der Schulweg ist nach wie vor Sache der Eltern. Hier kann die Schule keinen Einfluss nehmen oder gar Forderungen stellen.

- 2.8. Gemeinderat Heinz Müller spricht nochmals den Zeitdruck an, unter dem die Baudirektion vor einem Jahr gestanden hat. Es ist ja löblich, wenn die Baudirektion in einer Woche eine Schätzung erstellt. Aber wenn die Baudirektion schon damals wusste, dass diese Zeit für eine Budgetgenauigkeit nicht reicht und es nur eine Daumenpeilung ist, hätte sie dies dem Gemeinderat auch entsprechend sagen müssen. Wenn ein Projektleiter in seiner Firma 60 oder 65 % neben der Offerte liegen würde und der Kunde schon bestellt hätte, dann würde er etwas von ihm zu hören kriegen, denn dann müsste seine Firma den Auftrag zum vereinbarten Preis ausführen. Claude Barbey hätte sich auch wehren und den Gemeinderat darauf aufmerksam machen können, dass es nicht möglich ist, die Kostenschätzung in einer Woche zu erstellen, und es sich nur um eine Schätzung im Bereich von plus/minus 30 Prozent handelt. Er hat noch eine Bemerkung zum Votum von Mark Widmer in der GRK (Ziff. 1.3. GRKB 3064/05.02.2014): „Jetzt gilt es, zusammenzustehen und eine gute Lösung für die Kinder, Eltern und Lehrer zu finden.“ Das ist alles schön und recht. Er bittet, das nächste Mal aber auch noch den Steuerzahler mit einzubeziehen. Denn die Lösung muss auch für die Steuerzahler - sprich die Kunden - gut sein. Die SVP hat ein wenig das Vertrauen in die zwei Institutionen Baudirektion und Schulen verloren. Liegen dem Gemeinderat jetzt die richtigen Zahlen vor? Stimmt die Kostenangabe im Lingeriz oder muss der Gemeinderat eventuell wieder einen Nachtragskredit bewilligen, wenn das Projekt gestartet wird. Er bezweifelt, dass beim Lindenpavillon eine neue Steckdose reicht. Wenn der Putz bröckelt, wird es mehr kosten. Er wettet eine Pizza, dass die Sanierung des Lindenpavillons in einem oder zwei Jahre im Gemeinderat wieder ein Thema sein wird, aber dann ist ja Claude Barbey nicht mehr da.

- 2.9. Nicole Hirt betont, dass ihr Votum nicht darauf abzielte, Quartierkindergärten aufzuheben oder irgendwie zu zentralisieren. Es ist ihr wichtig, dass es eine gute Durchmischung gibt und überall gleichviele fremd- und deutschsprachige Kinder sind. Sie ist nicht grundsätzlich gegen Quartierkindergärten.

Eintreten wird mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, beschlossen.

- 2.10. Nicole Hirt begründet ihren Rückweisungsantrag mit mangelnder Kostentransparenz. Die genauen Kosten für den Lindenpavillon sind nicht ersichtlich. Sie verlangt eine klare Aufstellung.

- 2.11. Claude Barbey macht darauf aufmerksam, dass ein detaillierter Kostenvoranschlag für den Lindenpavillon existiert (in der Vorlage GLSG / 10.12.2013/14.01.2014 ist vom „Projekt Standort Lindenpark“ die Rede). Nachdem der Gemeinderat am 14. Mai 2013 für den Kindergarten Westquartier am Standort Lindenpark einen Kredit von Fr. 255'00.00 bewilligt hat (GRB Nr. 2693), wäre für diese Variante bei Gesamtinvestitionen von Fr. 420'000.00 noch ein Nachtragskredit von Fr. 165'000.00 zu sprechen. Der Gemeinderat kann davon ausgehen, dass die neuen Zahlen stimmen. Die Erstellungskosten für den Lindenpavillon basieren auf den Unternehmerofferten.

Der Antrag auf Rückweisung von Nicole Hirt wird mit 11 : 4 Stimmen abgelehnt.

3. Detailberatung

3.1. Vorlage GRKB 3064/05.02.2014:

3.1.1 Antrag Ziff. 4.1. wird mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

3.1.2 Antrag Ziff. 4.2. wird mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

3.1.3 Antrag Ziff. 4.3. wird mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgender

4. Beschluss

4.1. GR-Beschluss Nr. 2693 vom 14. Mai 2013 wird aufgehoben.

4.2. Der 14. Kindergarten wird auf dem Areal des Kinderspielplatzes Lingeriz realisiert.

4.3. Der erforderliche Nachtragskredit von Fr. 500'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Rubrik 218.503.xx, wird bewilligt.

Vollzug: BD

Beilage: BD/25.02.2014: Verlauf des Geschäfts 14. Kindergarten / Westquartier

BAPLUK
BD
GLSG
Mark Widmer, SL Eichholz, Ressort Kindergarten
FKSG
FV

2.7.1 / acs

Petition SP Grenchen "Der 14. Kindergarten soll im Lingeriz-Quartier realisiert werden"

Vorlage: BD/13.02.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, übergab die SP Grenchen am 5. Juni 2013 im Namen von 1'377 Mitunterzeichnenden eine Petition mit dem Wunsch, dass der 14. Kindergarten im Lingeriz-Quartier realisiert werden soll.

Begründung:

Der Kindergarten im Lindenpavillon ist vom Standort her falsch. In Grenchen gilt der Grundsatz, dass jeder Kindergarten in seinem Quartier steht. Mit dem Entscheid des Gemeinderates vom 23. April 2013 wird dieser Grundsatz in Frage gestellt. Damit könnte so ein Fall auch ein anderes Quartier bzw. Ihr Quartier treffen! Der Kindergarten sollte dort realisiert werden, wo die Kinder sind - im Zentrum des Einzugsgebietes - in diesem Fall im Lingerizquartier. Der lange, gefährliche Anmarschweg in den Lindenpavillon im Zentrum ist für die 5- bis 6-jährigen Kinder eine Zumutung. Wer übernimmt bei einem Unfall die Verantwortung?

- 1.2. Nachdem der Gemeinderat an der heutigen Sitzung beschlossen hat, so Stadtbau-
meister Claude Barbey, den GR-Beschluss Nr. 2693 vom 14. Mai 2013 aufzuheben
und den 14. Kindergarten auf dem Areal des Kinderspielplatzes Lingeriz zu realisieren
sowie den erforderliche Nachtragskredit von Fr. 500'000.00 zu Lasten der IR zu
bewilligen (siehe vorangegangenes Traktandum, GRB 2768/25.02.2014), kann die
Petition als hinfällig betitelt und gleichzeitig abgeschrieben werden.

2. Eintreten

- 2.1. Laut Gemeinderat Remo Bill hat die kurzfristig erfolgte und erfolgreiche Petition - für den 14. Kindergarten im Lingeriz - mit ca. 1'700 Unterschriften gezeigt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung für diese Lösung ist. Es ging der SP mit der Petition nicht um eine ideologische oder wahltechnische, sondern um eine sachpolitische, vernünftige Massnahme. Die Petition ist ein Instrument - eine Bittschrift - damit der Gemeinderat den Standortentscheid vom 23. April 2013 nochmals überdenkt. Der Kindergarten - wie er schon letztes Jahr gesagt hat - gehört in das Quartier, wo die Kinder sind. In diesem Fall ins Lingeriz-Quartier. Der Standort Lindenpavillon ist für die 5- bis 6-jährigen Kinder eine Zumutung und nicht im Zentrum des Einzugsgebiets.
Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Gemäss Stadtschreiberin Luzia Meister wird der Petition nicht gemäss Antrag Baudirektion „*Folge gegeben*“. Die richtige Formulierung lautet: Die Petition wird „*als erledigt abgeschlossen*“, denn die Wiedererwägung ist nicht auf die Petition zurückzuführen, sondern auf die veränderte Kosten/Projektqualität.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die von der SP Grenchen am 5. Juni 2013 eingereichte Petition "Der 14. Kindergarten soll im Lingeriz-Quartier realisiert werden" wird als erledigt abgeschlossen.

Vollzug: KZL

Remo Bill, Präsident SP (Vertreter Petitionär/innen)
BAPLUK
BD
FV
FKSG
GLSG
Mark Widmer, SL Eichholz, Ressort Kindergarten

2.7.1 / acs

Erschliessungsplan Langhag / Änderung des bestehenden Erschliessungsplanes Ankerstrasse – Freytagstrasse / Genehmigung / Öffentliche Auflage

Vorlage: BAPLUKB 3/27.01.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst die Vorlage anhand des Situationsplanes (Beilage zur Vorlage) kurz zusammen.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Alexander Kaufmann erklärt dass die SP-Fraktion die Aufhebung des bestehenden Erschliessungsplanes unterstützt und dem neuen Erschliessungsplan Langhag zu stimmt. Die Änderung geht klar aus den Bedürfnissen und Ansprüche der Anwohner und Grundstückbesitzer hervor. Auf die Realisation der Freytagstrasse als Verbindungsstrasse zwischen der Ankerstrasse und der oberen Flurstrasse kann definitiv verzichtet werden. Mit der geplanten Stichstrasse können die Anliegen und Ansprüche der Anstösser abgedeckt und befriedigt werden. Auch die Aufteilung des nicht benötigten Strassenareals auf die angrenzenden Grundstücke macht Sinn und bestätigt die Richtigkeit und den Erfolg dieses Geschäftes.

- 2.2. Gemäss Gemeinderat Ivo von Büren hat die SVP-Fraktion das Geschäft geprüft und vorgängig abgeklärt, wie das mit den Perimeterbeiträgen ist. Die SVP erachtet die Lösung als annehmbar und kann dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Dem Erschliessungsplan Langhag wird zugestimmt und der alte Erschliessungsplan wird aufgehoben.
- 4.2. Die Baudirektion wird beauftragt, den Erschliessungsplan Langhag gemäss §15 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.

- 4.3. Sofern der Gemeinderat nicht über Einsprachen zu entscheiden hat, ist der Erschliessungsplan Langhag nach erfolgter Auflage direkt dem Regierungsrat zur Genehmigung einzureichen.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD

7.9.3.0 / acs

Erweiterung der Begegnungszone Solothurnstrasse / Grundsatzentscheid

Vorlage: BAPLUKB 5/27.01.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst die Vorlage kurz zusammen.

2. Eintreten

2.1. Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann wurde diese Vorlage bereits in der BAPLUK eingehend diskutiert. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder konnte dem Geschäft gemäss Beschluss zustimmen. Auch die SP-Fraktion kann diese Vorlage so unterstützen. Obwohl gegen neue Begegnungszonen im Grunde genommen nichts einzuwenden wäre, ist die Umsetzung in diesem Bereich der Solothurnstrasse im Moment der falsche Zeitpunkt. Die SP-Fraktion hat jedoch Verständnis für das Anliegen der Raiffeisenbank. Schliesslich ist der neue Standort dieser Bank unter anderem auch wichtig für die weitere Stadt- und Zentrumsentwicklung. Trotzdem muss die Situation rund um den EPA-Parkplatz im Zusammenhang mit einer baldigen Überbauung dieses Areals umfassend angegangen und geprüft werden. Die momentane Verkehrsführung im Bereich Solothurnstrasse und EPA-Parkplatz lässt eine gut funktionierende Begegnungszone zurzeit nicht zu. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage gemäss BAPLUK-Beschluss.

2.2. Gemeinderat Renato Müller erklärt, dass die detaillierte Beratung des vorliegenden Geschäftes in der FDP-Fraktion letztlich deutlich ergeben hat, dass die Erwägungen der Baudirektion ebenfalls mitgetragen werden können. Die FDP-Fraktion wird der Vorlage somit zustimmen. Die erneute Prüfung einer Begegnungszonenerweiterung auf der Solothurnstrasse Richtung Osten ist aber nach der Realisierung der offenbar geplanten Bauprojekte angezeigt. Und als Anregung fügt die FDP an, dass gemäss Vorlage das Gutachten vom 3. Dezember 2013 in seinen Folgerungen zum Schluss kommt, dass die formellen Voraussetzungen für die Ausdehnung der Begegnungszone erfüllt sind. Eine Erweiterung wird mit Minimalmassnahmen empfohlen. In den Erwägungen der BAPLUK wird jedoch aufgezeigt, dass eine Ausdehnung der Begegnungszone wegen der Lichtsignalanlage und des Rückstaubereiches bei der "Hegelbachkreuzung" gar nicht möglich ist. Aus dem Gutachten wird hierzu in der Vorlage "mögliches Konfliktpotential" zitiert. Die FDP geht davon aus, dass bei einer künftigen Überprüfung dieser nicht unwesentliche Widerspruch noch geklärt wird.

- 2.3. Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, hat die Vorlage diskutiert und ist der Ansicht, dass man gemäss BAPLUK-Beschluss fahren kann.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Ergebnisse des Gutachtens zur Erweiterung der Begegnungszone Solothurnstrasse werden zur Kenntnis genommen.
- 4.2. Auf eine Erweiterung der Begegnungszone Solothurnstrasse wird vorläufig verzichtet.
- 4.3. Das Gesuch der Raiffeisenbank zur Erweiterung der Begegnungszone bis zur Hegelbachkreuzung wird abgelehnt.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD
Stapo

6.2.2 / acs

Vorkindergarten: Berichterstattung über den Pilotbetrieb und Antrag auf Weiterführung des Angebots

Vorlage: SV/25.01.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung, erläutert anhand einer Präsentation die wichtigsten Punkte des Geschäfts (siehe Beilagen 1-6). Der Vorkindergarten kostet die Stadt maximal Fr. 137'000.00 bei Vollbesetzung (max. 60 Plätze) (Kosten und Finanzierung siehe Ziff. 2.7. der Vorlage). Bei einer Genehmigung der Fortführung des Vorkindergartens ergeht ein Gesuch um finanzielle Unterstützung an das Amt für Soziale Sicherheit (ASO). Erste Kontakte haben bereits stattgefunden. Bis Mitte März 2014 sollte die Schulverwaltung definitiven Bescheid erhalten.
Für sie stellt sich die Frage, ob man in die Prävention oder in die „Reparatur“ investieren will - ein Thema, über das schon seit Jahren geredet wird. Sie bittet im Sinne der Kinder, der Eltern, der Schule, der Lehrer und des Steuerzahlers um Zustimmung zu dem Geschäft.
- 1.2. Nach Auffassung von Kurt Boner, Leiter SDOL, sollte unbedingt ein Beitrag aus den kantonalen Integrationsprogrammen erfolgen. Wenn er die vagen Integrationsprogramme anschaut, welche vom Kanton unterstützt werden, sieht er keinen Grund, weshalb an dieses konkrete und reale Projekt kein Beitrag ausgerichtet werden sollte. Eine Ablehnung wäre für ihn schleierhaft. Er denkt, dass davon ausgegangen werden kann, dass der Kanton einen Beitrag sprechen wird. Der Vorkindergarten ist ein wichtiges Element der Frühen Förderung. Der Gemeinderat hat in seinen Augen im Jahr 2010 ein wegweisendes Pilotprojekt auf die Reise geschickt. Heute gilt es, den Pilotversuch in den Normalbetrieb einzugliedern. Die Politik in Grenchen hat schon vor Jahren verstanden, dass der Prävention eine spezielle Bedeutung zukommt. Wo kann Prävention wirksamer sein als bei Kindern im Vorschulalter? Der Gemeinderat ist sich dessen bewusst; deshalb muss Kurt Boner dies nicht nochmals betonen. Betrachtet man alle die gesetzlichen Verpflichtungen im Sozialbereich, vor allem im Bereich der Sozialhilfe im Alter und bei Behinderung, wird dort mit gut zweistelligen Millionenbeträgen operiert. Beim Vorkindergarten geht es um max. Fr. 140'000.00. Das ist etwa das Verhältnis der Mittel, welche in der Schweiz für die Prävention und die so genannte „Reparaturwerkstatt“ eingesetzt werden. Das Verhältnis ist immer noch sehr unausgewogen. Die Stadt Grenchen steht besser als der Durchschnitt da. Der Vorsprung, den sie durch den Betrieb des Vorkindergartens hat, darf auf keinen Fall preisgegeben werden.

Das Pilotprojekt ist jetzt 4 Jahre gelaufen. Das ist eine recht lange Zeit. Das Projekt hat es verdient, in den definitiven Charakter überzugehen. Er ist froh, dass Grenchen ein klares Zeichen in Richtung Frühe Förderung von Kindern und damit ein echtes Statement für wirkliche - und nicht nur für theoretische - Prävention abgibt. Er bittet den Rat, der Vorlage zuzustimmen.

- 1.3. Stadtpräsident François Scheidegger weist darauf hin, dass das Geschäft „Vorkindergarten“ auf die Vorlage der Integrationskommission vom 15. März 2010 (*Pilotprojekte der Integrationskommission – Integration durch „Frühe Förderung“: Kon-Lab und Vorkindergarten*) zurückgeht. Der Rat hat damals der Einführung eines Vorkindergartens mit 11 zu 3 Stimmen zugestimmt (Ziff. 4.2. GRB 2359/23.03.2010). Er hat am 3. Februar 2014 selbst den Vorkindergarten in Augenschein genommen und den Unterricht besucht. Er hält diese Institution für eine gute und nötige Sache. Es darf nicht vergessen werden, dass es hier nebst den Kindern und Eltern auch um Integration geht.

2. Eintreten

- 2.1. Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Heinz Müller, hatte das Vergnügen, dass Maya Karlen an ihrer Fraktionssitzung dabei war. Sie hat es geschafft, dass die Fraktionsmitglieder ihr nicht nur zugehört haben, sondern auch kritische Fragen gestellt und entsprechende Antworten erhalten haben. Der Stadtpräsident hat das Abstimmungsergebnis bei der Einführung erwähnt. Die Frage erübrigt sich, von welcher Partei beim Stimmenverhältnis 11 zu 3 die 3 Gegenstimmen kamen. Er hat in einer der heutigen Vorlage gelesen, dass man auch gescheitert werden darf. Das ist nicht überall anzuwenden und vor allem nicht bei allen. Die SVP hat gemerkt, dass Maya Karlen sich mit Herzblut für den Vorkindergarten einsetzt. Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorkindergarten. Er bezieht sich auf die Präsentation von Maya Karlen, in der aufgezeigt wurde, was der Nutzen des Vorkindergarten ist und vor allem wann dieser zum Tragen kommt. Es wurde erwähnt, dass das seit 3 ½ Jahre dauernde Pilotprojekt bei den Kindergärten sehr gut angekommen ist und die Kindergärtnerinnen bereits einen Nutzen sehen. Es konnte im Prinzip schon ein erster Teil dieser Rekapitalisierung auf der Stufe Kindergarten festgestellt werden. Nicht bekannt ist, wie es bei den Klassenrepetitionen, den Schulabgängern und den Fremdplatzierungen von Kindern in Heimen aussieht. Die Sozialhilfekosten können ohnehin noch nicht beziffert werden. Das ist, wie in der Vorlage erwähnt, noch zu schwierig. Die SVP befürwortet das Weiterführen des Vorkindergartens. Sie möchte das Projekt aber nicht in den Normalbetrieb überführen, sondern eine Langzeitprüfung haben, damit angeschaut werden kann, ob allenfalls auch bei den anderen Punkten – also nicht nur beim Kindergarten – ein Nutzen feststellbar ist (z.B. weniger Klassenrepetitionen, bessere Anschlusslösungen nach der Schule bei Kindern aus speziellen familiären Umfeldern). Aus diesem Grund wird Heinz Müller bei der Detailberatung unter Ziff. 4.2. folgenden Änderungsantrag stellen: „Das Angebot Vorkindergarten wird als Pilotbetrieb ab August 2014 vier Jahre weitergeführt.“
- 2.2. Gemeinderat Aldo Bigolin erklärt, dass die FDP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist. Im Beisein von Maya Karlen wurde die Berichterstattung besprochen und es konnten Fragen beantwortet werden. Man muss sich bewusst sein, dass es in den Grenchner Schulen einen sehr grossen Anteil fremdsprachiger Kinder gibt. Das wird auch weiterhin so der Fall bleiben. Diese Situation kann man nicht einfach wegdenken, sondern man muss mit ihr klarkommen.

Bei diesem Geschäft geht es in der Hauptsache um die Chancengleichheit von fremdsprachigen Kindern. Im Vorkindergarten will man vor allem benachteiligte Kinder - meistens aus sozial benachteiligten Familien und/oder mit Migrationshintergrund - fördern. Man will den Kindern nicht nur Lektionen erteilen, sondern auch Strukturen geben, und kommt so auch an die Eltern heran und kann ihnen wichtiges Gedankengut vermitteln. Ziel ist es aber, dass die Kinder im Vorkindergarten optimal gerüstet und vor allem sprachlich gut vorbereitet werden, damit sie den Übertritt in die Regelklassen, in den Kindergarten schaffen können. So haben sie auch eine bessere Chance auf eine erfolgreiche Schullaufbahn. Das Angebot des Vorkindergartens ist aus Sicht der FDP äusserst wertvoll und sollte beibehalten werden. In diesem Sinne wird sie den Anträgen zustimmen und kann auch den Antrag der SVP, wie er formuliert wurde, befürworten.

- 2.3. Anna Duca, Ersatz-Gemeinderätin, führt aus, dass die SP für Eintreten ist. Die SP hat vom Bericht zur Standortbestimmung 2013 Kenntnis genommen und stimmt dem Antrag einstimmig zu, dass das Angebot Vorkindergarten nach dem Pilotbetrieb ab August 2014 im Normalbetrieb weitergeführt werden soll. Der Bericht zur Standortbestimmung „Vorkindergarten Grenchen“ zeigt auf eindrückliche Weise auf, was für ein grosser Nutzen der Vorkindergarten hat und wie er sehr geschätzt wird. Der Vorkindergarten ist vor vier Jahren u.a. als Antwort auf die sehr schwierige Situation in den Kindergärten eingerichtet worden. Diese hatten mit vielfachen Problemen zu kämpfen: viele Kinder ohne oder mit ungenügenden Deutschkenntnissen, Kinder mit problematischem Sozialverhalten, mit Entwicklungsdefiziten und Entwicklungsstörungen. Der Vorkindergarten sollte sich dieser Problemfelder annehmen und dafür sorgen, dass die Kinder gefördert und die Eltern früh zur Mitwirkung verpflichtet werden. Tatsache ist, dass in Grenchen Menschen aus fast 100 Nationen leben und 55 % der Kinder in den Kindergärten sind Fremdsprachler. Heute geht es nicht darum, ob die dem Gemeinderat passt oder nicht. Heute geht es darum zu entscheiden, ob man die Chancengleichheit für fremdsprachige Kinder will. Aber es geht auch ganz allgemein darum: Will man die Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten Familien? Sind die Kinder daran schuld, dass die alleinerziehende Mutter drogenabhängig ist? Sind die Kinder daran schuld, dass die ausländische Mutter Analphabetin ist? Diese Aufzählung kann beliebig verlängert werden.

Mit dem Angebot, den Vorkindergarten weiterzuführen, werden offensichtlich wichtige Ziele erreicht:

- Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder/und mit Migrationshintergrund
- Es werden weniger sonderpädagogische Massnahmen nötig
- Kinder müssen seltener Klassen wiederholen
- Kinder haben intakt Chancen auf einen Ausbildungsplatz
- Der Kindergarten und die Schulen werden entlastet.
- Es handelt sich um Investitionen, die sich für die Stadt Grenchen mehr als auszahlen. Das Versäumen von Investitionen in der Frühen Förderung zieht hohe wirtschaftliche Kosten nach sich (z.B. Fremdplatzierungen, Programme für Schulabgänger ohne Anschlusslösung etc.). Durch die Investition in die Frühe Förderung werden ungleich höhere „Reparaturkosten“ vermieden.

Wichtig ist der SP jedoch, dass die Eltern ebenso in die Verantwortung genommen werden.

Mit grosser Befriedigung hat die SP denn auch zur Kenntnis genommen, dass im Vorkindergarten die Elternarbeit eine wichtige Bedeutung hat. Einerseits dadurch, dass die Eltern auf die Wichtigkeit ihrer Mitwirkungen aufmerksam gemacht und in die Pflicht genommen werden. Andererseits wird den Eltern an Elternabenden das Schulsystem vorgestellt und wichtige Informationen zu zentralen Themen der Kindererziehung vermittelt.

Die SP dankt Maya Karlen für den äusserst aussagekräftigen Bericht und allen, die sich zum Wohle der Kinder und die Chancengleichheit einsetzen.

An dieser Stelle möchte Anna Duca zudem hervorheben, dass sie von sehr vielen Grenchner Bürgerinnen oder nur „Einwohnerinnen“ – immerhin: Schweizerinnen! - darauf angesprochen wurde, dass sie sehr stark hoffen, dass der Gemeinderat heute der Weiterführung des Angebots des Vorkindergartens zustimmt.

Sie war denn auch sehr erstaunt: Es sind Frauen, die „erfolgreich integriert“ sind.

(In der Schweiz geboren, tertiäre Ausbildung, aber: Ausländer geheiratet und mit ihm im Ausland eine Familie gegründet, im Hinblick auf die Schulausbildung haben die Frauen entschieden, dass die schulische Laufbahn ihrer Kinder in der Schweiz erfolgen soll.)

Bezüglich des Antrags von Heinz Müller ist Anna Duca der Ansicht, dass bei einer Probezeit genau festgelegt werden sollte, was nachher überprüft und gemessen werden soll.

- 2.4. Laut Matthias Meier-Moreno, Ersatz-Gemeinderat, nimmt die CVP-/glp-Fraktion den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und stimmt dem Antrag auf Weiterführung des Vorkindergartens zu. Sie wird auch auf den Vorschlag der SVP eintreten.
- 2.5. Gemeinderat Remo Bill bezieht sich auf den Antrag von Heinz Müller. Ein Kind ist kein Fertigungsteil in einem Produktionsprozess.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Heinz Müller stellt zu Ziff. 4.2. folgenden Abänderungsantrag: „*Das Angebot Vorkindergarten wird nach dem Pilotbetrieb ab August 2014 im Normalbetrieb weitergeführt.*“

Er begründet seinen Antrag wie folgt: Wird das Pilotprojekt nochmals um vier Jahre verlängert, dann wären insgesamt acht Jahre vorbei und die ersten Absolventen des Vorkindergartens würden - wenn alles normal läuft - von der obligatorischen Schulzeit ins Berufsleben überwechseln. Es geht ihm nicht darum, eine binäre Zahl zu erhalten. Man muss ihn nicht belehren, dass Kinder nicht so bemessen werden können. Aber es kann eine Tendenz zeigen. Vielleicht kann schon in zwei Jahren eine gewisse Entwicklung aufgezeigt werden, so dass der Gemeinderat in vier Jahren aufgrund der dazumal vorliegenden Werte allenfalls Korrekturen vornehmen oder das Ganze so weiter laufen lassen kann.

- 3.1.1 Kurt Boner macht dem Rat beliebt, den Antrag abzulehnen, weil er nicht zielführend ist. Der Beweis kann auch in weiteren vier Jahren nicht erbracht werden. Das Projekt steht für sich selbst. Der Beweis, dass ein Vorkindergarten wirksam ist, ist seines Erachtens absolut erbracht.

Er ist skeptisch, ob hier irgendwelche wissenschaftlichen Begleitungen, welche auch entsprechende Kosten auslösen werden, irgendwelche Resultate erbringen werden, welche die Verwaltung und den Gemeinderat weiterbringen werden.

Die in der Präsentation erwähnten Fr. 2'000.00 pro Monat für eine Fremdplatzierung beinhalten nur die reinen Schulkosten (siehe Beilage 5). Die Kosten für eine Fremdplatzierung betragen Fr. 15'000.00 im Monat, sprich Fr. 180'000.00 pro Jahr. Wenn man vergleicht, dass die Vermeidung einer Fremdplatzierung eines Kindes ungefähr den jährlichen Kosten des Vorkindergartens entspricht, merkt man, dass diese Diskussion absurd, bizarr und nicht weiterführend ist. Das Projekt ist sinnvoll und wertvoll. Der Gemeinderat sollte dazu stehen, dass es eine gute und hilfreiche Präventionsmassnahme ist. Die Leute in diesem Projekt sollten davor bewahrt werden, mit irgendwelchen wissenschaftlichen Begleitungen in vier Jahren wieder beim Gemeinderat vorstellig werden zu müssen. Sie sollten ihre ganze Kraft dafür einsetzen können, die Qualität des Produktes zu sichern und auch zu steigern - das ist eine ständige Herausforderung – und sich nicht ständig damit auseinandersetzen müssen, ob der Vorkindergarten in vier Jahren wieder zur Disposition steht. Er hält es nicht für nötig, diese Frage nach vier Jahren wieder zu stellen. Es wird auch nicht möglich sein, den Beweis zu erbringen. Die Sozialhilfequote in Grenchen beträgt, 6.5 %, in Biel ist sie etwas mehr als 12 %. Die Stadt Grenchen schlägt sich jetzt schon einiges besser als die Stadt Biel (mit den gleichen Voraussetzungen, was die Bevölkerungsstruktur betrifft). Was will man letztlich noch mit irgendwelchen herangezogenen (Einzel-) Beispielen und Berechnungen beweisen? Solche Argumentationen kosten ihn dann meistens ein müdes Lächeln.

- 3.1.2 Maya Karlen hält eine Verlängerung des Pilotprojektes ebenfalls nicht für sinnvoll. Es ist ein schwieriges Unterfangen, den Beweis zu erbringen. Der Nutzen kann nicht 1 zu 1 ausgewiesen werden. Man kann zum Beispiel nicht argumentieren: „Wenn das Kind nicht in den Vorkindergarten gegangen wäre, hätte es repetieren müssen.“ Oder umgekehrt: „Wenn das Kind in den Vorkindergarten gegangen wäre, hätte es nicht repetieren müssen.“ Es gibt auch noch andere Faktoren, die hier hineinspielen. Das ist nicht so linear. Man müsste auch die Zielsetzung kennen und wissen, welche Resultate gemessen werden sollen. So eine Überprüfung würde nicht ohne wissenschaftliche Begleitung gehen.
- 3.1.3 Roger Kurt, Vorsitzender GLSG, hat an der SEK I- Berufswahlmatinée für Eltern und Lernenden schon mit Heinz Müller über den Output der Schulen diskutiert. Die Schulen sind sehr bemüht, dass die Schüler, welche von der Schule abgehen, das Rüstzeug erhalten haben, dass sie auf dem Arbeitsmarkt funktionieren und bestehen können. Es gibt in Grenchen 1'600 Schüler. Etwa 50 Kinder pro Jahrgang besuchen den Vorkindergarten. Da wird es schwierig, eine Statistik zu führen, welche erhärtet, dass man einen besseren Output vorweisen kann. Es ist fast unmöglich, den Beweis zu erbringen, dass durch den Vorkindergarten dieser Mehrwert erbracht wird. Er sieht wie Kurt Boner den konkreten Mehrwert eher auf der Stufe Kindergarten. In diesem Bereich werden am ehesten Veränderungen erkennbar sein, welche vor Jahren noch nicht zu erwarten waren. Er macht dem Gemeinderat beliebt, den Antrag von Heinz Müller abzulehnen.
- 3.1.4 Gemeinderätin Nicole Hirt sieht den Nutzen des Vorkindergartens und unterstützt die Vorlage. Mit dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat dauert die Kindergarten- und Schulzeit 11 Jahre. Der obligatorische Kindergarten dauert zwei Jahre, die Primarschulstufe sechs Jahre und die Sekundarschulstufe drei Jahre.

In vier Jahren sind die Absolventen des Vorkindergartens Grenchen somit erst in der Oberstufe und noch nicht am Ziel. Stimmt der Gemeinderat jetzt dem Antrag von Heinz Müller auf Weiterführung des Pilotprojekts zu, wird diese Variante teurer, weil sie noch wissenschaftlich begleitet werden muss. Aus diesem Grund spricht in ihren Augen nicht viel für eine Verlängerung um nur vier Jahre.

- 3.1.5 Die SVP, so Gemeinderat Richard Aschberger, braucht weder eine Doktorarbeit noch eine Abhandlung, sondern möchte lediglich in vier Jahren einen Bericht erhalten, in dem eine Aussage drin ist. Sie hat kein grundsätzliches Problem mit dem Vorkindergarten. Wenn der Gemeinderat in vier Jahren überzeugt ist, dass es eine gute Sache ist, dann ist das Thema für die SVP erledigt.
- 3.1.6 Anna Duca erinnert daran, dass der Antrag, das Projekt Kindergarten in einem Pilotprojekt von vier Jahren einzuführen, auf die schwierige Situation in den Kindergärten zurückzuführen war. Die Aussage, dass mit dem Vorkindergarten Sozialhilfe vermieden werden kann, ist auch ein wenig weit gegriffen. Gemäss Aussagen von Kindergärtnerinnen hat der Vorkindergarten etwas gebracht. Zwar lehnt die SVP eine wissenschaftliche Begleitung ab, aber irgendwie sollte schon klar sein, was genau gemessen werden soll.
- 3.1.7 Gemeinderat Remo Bill hält sich an die Aussage der Referenten, dass der Nutzen nicht eindeutig messbar ist. Es befürchtet, dass man in vier Jahren wieder gleich weit sein wird und über das gleiche Thema reden wird. Die SP stimmt der Vorlage der Schulverwaltung zu.
- 3.1.8 Gemeinderat Urs Wirth hat den Eindruck, dass die Ratsmitglieder aneinander vorbeireden. Er hat Verständnis, dass die SVP nach einem Pilot nach dem konkreten Nutzen fragt und Resultate sehen will. Hier besteht aber das Problem: Wie wird dieses Resultat gemessen? Der Gemeinderat kann von der Schulverwaltung in vier Jahren eine Berichterstattung verlangen. Eine Pilotverlängerung findet er problematisch, weil sie ein schlechtes Signal aussendet. Viel wichtiger wäre zu zeigen, dass alle dafür sind und in 4 Jahren oder in 8 Jahren eine Berichterstattung erwartet wird, mit der Option, allfällige Korrekturen vornehmen zu können. So ein Vorgehen macht für ihn Sinn.
- 3.1.9 Gemeinderat Alexander Kaufmann findet auch, dass der Vorkindergarten definitiv eingeführt werden sollte. Es geht um die Wertschätzung gegenüber dem Erfolg, den das Projekt vorweisen kann, und gegenüber allen Beteiligten, welche dafür gearbeitet haben. Er kann das Anliegen der SVP verstehen, rät aber davon ab, den Beschluss zu ändern. Vielmehr macht er beliebt, ins Dispositiv aufzunehmen, dass der Gemeinderat jährlich oder in vier Jahren einen ergänzenden Bericht erhält, wie der Puls im Vorkindergarten ist. Für ihn ist wesentlich, dass das Angebot nicht nochmals als Pilot verlängert wird.
- 3.1.10 Maya Karlen macht den Gemeinderat darauf aufmerksam, dass die Schulverwaltung jedes Jahr im Reporting der Schulen Grenchen über den Vorkindergarten Bericht erstattet (vgl. *Reporting 2012/13, Ziff. 7 „Schulverwaltung [Teile der schulergänzenden Dienste]“ mit SSA TAZ, Frühe Förderung und Vorkindergarten*) Sie könnte den Bericht auf Wunsch auch ausführlicher gestalten.

3.2. François Scheidegger schlägt vor, über die Anträge in der Vorlage SV/25.01.2014 einzeln abzustimmen:

3.2.1 Antrag Ziff. 4.1. wird einstimmig gutgeheissen.

3.2.2 Der Antrag von Heinz Müller (siehe Ziff. 3.1. hiervor) obsiegt gegenüber dem Antrag gemäss Vorlage (*Das Angebot Vorkindergarten wird nach dem Pilotbetrieb ab August 2014 im Normalbetrieb weitergeführt.*) mit 8 : 6 Stimmen.

Es ergeht folgender

4. Beschluss

4.1. Vom Bericht zur Standortbestimmung 2013 wird Kenntnis genommen.

4.2. Das Angebot Vorkindergarten wird als Pilotbetrieb ab August 2014 vier Jahre weitergeführt.

Vollzug: SV

Beilagen 1-6: Präsentation: „Vorkindergarten - Frühe Förderung in Grenchen“

SV
SDOL
PA
FV

5.8.8 / acs

Vorkindergarten

Ausgangslage

- Grenchen – eine multikulturelle Stadt
Menschen aus 97 Nationen
Anteil der Ausländer/-innen 31 %
Anteil fremdsprachige Kinder im Kindergarten > 50 %
- Der Grenchner Gemeinderat hat im März 2010 die Einführung eines Vorkindergartens auf das Schuljahr 2010/11 beschlossen.
Grundlage: Konzept ‚Frühe Förderung – Vorkindergarten‘ (erarbeitet von der Integrationskommission)

Vorkindergarten

Finanzierung

Startphase August 2010 bis Ende 2011

Bundesamt für Migration	50%
Amt für Soziale Sicherheit Kanton Solothurn	25%
Stadt Grenchen	25%

Aufbauphase ab 2012-2014

Amt für Soziale Sicherheit Kanton Solothurn	25%
Stadt Grenchen	75%

Vorkindergarten

Zielgruppe

Drei- bis vierjährige bildungs- und sozialschwächere und/oder fremdsprachige Kinder mit Wohnsitz in Grenchen

(Jahrgang 1 Jahr vor Kindergarten)

0 – 3 Jahre → Kindergarten → Schule

Vorkindergarten

Betrieb

1 Kindergärtnerin mit Erfahrung im Vorschulalter und 1 Praktikantin



50 Kinder aus 16 Nationen



5 Gruppen
2 x pro Woche je 2 Stunden

100 Elternteile
Elternarbeit /
Miteinbezug



Vorkindergarten

Investition in Prävention oder Reparatur?

1 Monat Vorkindergarten	Fr. 190.--
1 Monat Repetition Klasse	Fr. 750.--
1 Mt Betreuung RAV	Fr. 2'177.--
1 Mt Fremdplatzierung	Fr. 2'000.--
1 Monat Sozialhilfe	???

Vorkindergarten

Befragung der Kindergärtnerinnen

Strukturen und Abläufe gewohnt
Ablöseprozess bereits hinter sich
Bringen 'Deutsch-Rucksack' mit
Elternarbeit aufgegleist
Zusätzlicher Förderbedarf bekannt

Kreditüberschreitung zu Lasten LR 2013, Konto 220.364.00 - Sonderschulung, Sonderschulungen in Heimen und Institutionen

Vorlage: SV/18.02.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung, ausführt, standen im Budget 2013 für die Sonderschulungen in Heimen und Institutionen Fr. 792'000.00 zur Verfügung. Bei der Budgetierung wurde der damalige Bestand an Kindern in Heimen und Institutionen berücksichtigt. Zu diesem Zeitpunkt waren dies 33 Kinder.
- 1.2. Effektiv wurden 42 Kinder in Heimen und Institutionen unterrichtet (effektive Kosten: Fr. 1'026'120.009). Einige Kinder hatten einen stationären Aufenthalt und wurden nicht das ganze Jahr in Heimen und Institutionen unterrichtet. Es wurde darauf verzichtet, eine Reserve einzuplanen.
- 1.3. Die Tendenz der Kinder, welche in Heimen und Institutionen unterrichtet werden, ist steigend. Für das Jahr 2014 sind bereits Fr. 1'152'000.00 budgetiert.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Zu Lasten LR 2013, Konto 220.364.00 - Sonderschulung, Sonderschulungen in Heimen und Institutionen wird ein Nachtragskredit von Fr. 234'120.00 genehmigt.

Vollzug: SV

FV
SV

2.6.5 / acs

Interpellation SVP Fraktion: Überzeitregelung von Stadtpräsident und Abteilungsleitern

1. Mit Datum vom 25. Februar 2014 reicht die SVP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner: Heinz Müller):

1.1. Interpellationstext:

Der Stadtpräsident wird entlohnt für eine 100%-Stelle und nimmt von Amtes wegen diverse Ämter und Aufträge wahr. Dies findet nicht immer in der normalen Arbeitszeit statt, sondern auch abends und an Wochenenden.

Beispiel dafür ist das Leiten der Gemeinderatssitzungen, das Eröffnen von Ausstellungen, Ansprachen usw.

Unserer Meinung nach umfasst der Lohn des Grenchner Stadtpräsidenten alle solche Aufgaben. Eine zusätzliche Vergütung in Form von Überstunden, zusätzlichen Sitzungsgeldern oder dergleichen wäre und ist nicht angebracht. Ausnahmen für eine Zusatzvergütung wären für uns in Ordnung, sofern es reine Spesen sind (Fahrkosten für externe Sitzungen bspw.)

Hierzu haben wir Fragen an das Stadtpräsidium und die Stadtkanzlei und fordern einmal mehr Transparenz gegenüber der Grenchner Bevölkerung.

- 1. Wie wurde es bisher gehandhabt mit dem Thema Überstunden für das Stadtpräsidium, existierte so etwas wie ein Überstundenkonto für den Ende 2013 abgewählten Stadtpräsidenten und falls ja, in welcher Form wurde die vermeintliche Überzeit vergütet und wie hoch war sie?*
- 2. Werden dem Stadtpräsidenten für Aufgaben „von Amtes wegen“ Sitzungsgelder bezahlt? Wenn ja, für welche Kommissionen und Sitzungen? Wird die Sitzungsleitung zusätzlich vergütet?*
- 3. Für welche externen Ämter wird dem Stadtpräsidenten eine zusätzliche Entlohnung bezahlt, wie hoch ist der Totalbetrag und wie viel fließt davon wieder in die Stadtkasse zurück?*
- 4. Wie ist die Überzeit bei den Abteilungsvorstehern der Stadt Grenchen generell geregelt? Können sie sich Überzeit auszahlen lassen? Wenn ja, weshalb gilt für diese bereits hoch bezahlten Funktionen nicht Vertrauensarbeitszeit?*

5. *Wie wird die Überzeit im Rahmen von Austritten grundsätzlich geregelt, z.B. bei der aktuellen Pensionierung des Stadtbaumeisters?*
 6. *Wie gedenkt der neue Stadtpräsident mit diesem Thema umzugehen, sind Änderungen geplant?*
2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

PA
Stadtpräsident

0.2.2 / acs

Interpellation Richard Aschberger (SVP): Rettungsdienst

1. Mit Datum vom 25. Februar 2014 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Der Rettungsdienst Grenchen besteht seit Jahrzehnten, ist unterdessen zu einer eigentlichen Institution geworden und geniesst einen sehr guten Ruf; dementsprechend gross ist auch der Rückhalt in der Bevölkerung. Ich bin der Ansicht, dass der Rettungsdienst in Grenchen verwurzelt war, ist und das auch so bleiben soll. Wir haben schon kein Spital mehr, also müssen wir zu unserem Rettungsdienst umso mehr Sorge tragen. Da es immer wieder Diskussionen gab wegen den Kosten und auch mit der Zusammenarbeit mit Solothurn, habe ich ein paar Fragen und bitte die Stadtverwaltung/das Stadtpräsidium um deren Beantwortung.

1. *Der Rettungsdienst Grenchen erzeugt jährlich ein Defizit, wofür die Stadt Grenchen aufkommt. Wurden hierfür andere Finanzierungskonzepte angeschaut wie es beispielsweise in Murten der Fall ist? (Gönnerbeiträge, Sponsoren, Spenden, Einbezug der bedienten Nachbargemeinden, Beiträge von Stiftungen)*
2. *Gibt es ein Kostendach für den Rettungsdienst Grenchen?*
3. *Gab oder gibt es aktuell Gespräche, den Rettungsdienst von Grenchen abzuziehen oder gar aufzulösen und in Solothurn anzuhängen, wie steht die Stadt Grenchen generell zur Frage, ob der Rettungsdienst in Grenchen bleiben soll?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stapo
FV

4.1.7.0 / acs